

Spekulation und Euro, die verdeckten Formen neokolonialer Ausbeutung und Ressourcenabschöpfung

Spekulation und Euro sind in aller Munde. Sie fügen den Deutschen und ihrer Volkswirtschaft schwere Schäden zu. Doch Politik und Medien übergehen die Fakten und behaupten im Fall des Euro sogar frech das Gegenteil.

Von Hermann Patzak

Teil 1: die Spekulation und ihre volkswirtschaftlichen Folgen

Mit der Fortdauer der großen Krise, die ihre Erscheinungsformen – von der Finanz- zur Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise – ständig gewandelt hat, treten die Folgen der Spekulation und des Euro immer deutlicher zutage. Doch Politik und Globalkapital wollen auf die Spekulation – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen – nicht verzichten. Auch vom Euro wollen sie nicht lassen. Auch er ist ein gemeinsames Projekt politischer Vorteilsnahme und globalkapitalistischer Interessen. So mutiert die Krise immer deutlicher zur Systemkrise, auch wenn die Nomenklatura in Politik und Medien das nicht wahr haben will.

Die Deutschen, an denen die Krise bisher scheinbar unbemerkt vorbei gegangen ist, werden jetzt auch nicht mehr ungeschoren bleiben. In der Liste des Pro-Kopf Einkommens waren sie in Europa bereits im Jahr 2003 auf den neunten Rang, nach England, Belgien und Frankreich zurückgefallen.¹ Jetzt wird ihnen von der eigenen Regierung auch noch die Hauptlast der Euro-Rettung aufgebürdet. Über 300 Mrd. Euro, das ist mehr als der Bundeshaushalt eines Jahres, werden sie aufbringen müssen. Das Faible ihrer Politiker kommt sie teuer zu stehen. Denn die haben die Eurorettung für sakrosankt erklärt, koste es, was es wolle. Wie wird es weiter gehen?

Momentan peilen die Rohstoff-, Agrar- und Energiepreise neue Rekordwerte an. Das ist die zwangsweise Folge der Krisenbekämpfung durch die staatsschuldenfinanzierten Staatsausgabensteigerungen und die Vermehrung der Geld- und Kreditmenge durch die Notenbanken aller bedeutenden Volkswirtschaften rund um den Globus. Sie taten es, um die Banken und das Finanzsystem vor dem allgemeinen Zusammenbruch zu retten. Jetzt droht daraus eine allgemeine Inflation zu werden. Zu den damit verbundenen sozialen Verwerfungen werden in Deutschland noch die Belastungen durch die von der Politik fanatisch betriebene Euro-Rettung hinzu kommen. Die Bürger sollten deshalb wissen, warum diese Entwicklung stattfindet und wem sie diesen ökonomischen Abstieg verdanken. Dieser Aufsatz soll ein Stück mit aufklären.

Die Ursachen sind der unkontrollierte Renditewahn, der in den Spekulationsorgien des Globalkapitals gipfelt. Beide Entartungen des Marktsystems werden von der Politik nicht nur nicht kontrolliert, sie werden von den Westlichen Großmächten des Kapitals, in denen das internationale Finanzkapital beheimatet ist, sogar gefördert! In Europa wird diese Fehlsteuerung noch verstärkt durch eine allgemeine Politneurose, die allen Europäern Frieden und Wohlstand durch eine gemeinsame Währung, den Euro versprach.

¹ Franz-Ulrich Willeke: „Tatsächliche und angemessene Nettobeiträge“, Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, 58. Jg., Seite 100.

Dieses Experiment ist gescheitert, was die Polit-Ideologen nicht akzeptieren wollen: Den kurzzeitigen Wohlstandszuwachs der durch EU- und Euro-Regulierungen subventionierten Volkswirtschaften hat die Krise in kürzester Zeit vernichtet. Sie hat auch gezeigt, dass die Produktivitäts- und Wettbewerbsunterschiede zwischen den Volkswirtschaften sich nicht angeglichen, sondern noch weiter auseinander entwickelt haben. Der Euro selbst ist für dieses Auseinanderdriften verantwortlich. Der stets im Zusammenhang mit EU und Euro gepriesene Frieden, der bis zum Ableben der Sowjetunion auf die Repressionen, den beide Weltmächte auf ihre Vasallen ausübten, zurückzuführen war, wird von den USA sowohl auf militärischem Gebiet (Nato) als auch mit „Zuckerbrot und Peitsche“ auf ökonomischem Gebiet in einem erweiterten Hegemonialbereich ausgeübt. Der mit solchen Mitteln aufoktroierte „militärische Nichtkriegszustand“ verdeckt auch nur die Tatsache, dass an die Stelle militärischer Konflikte ein verdeckter Wirtschaftskrieg getreten ist, von dem auch die europäischen Länder nicht verschont blieben. Im Gegenteil, EU und Euro sind die strategischen Mittel in diesem verdeckten Krieg, dem gerade durch den Euro große Teile der leistungsfähigen deutschen Wirtschaft zum Opfer gefallen sind. Weit über 50 Prozent der deutschen Aktiengesellschaften sind seit der Einführung des Euro in das Eigentum ausländischer Kapitaleigner überführt worden. Der hohe Außenwert der DM, den Deutschland seiner Wirtschaftskraft verdankte, hätte einen Aufkauf deutschen Produktivvermögens in dem Maß, wie er seit Einführung des Euro stattgefunden hat, unmöglich gemacht!

Wenn den Menschen in Deutschland erst einmal ihre Situation bewusst wird, könnte es ihren Eliten in Politik und Wirtschaft bald genauso gehen wie den Potentaten Arabiens. Die Revolutionen in den arabischen Ländern sind weniger aus dem „Freiheitsdrang“ einer gebildeten Bürgerschicht gekommen, wie man uns täglich eintrichtert. Sie kam aus der ökonomisch armen Unterschicht, die keine Perspektiven des gesellschaftlichen Aufstiegs hatte. Die weltweite Verteuerung der Nahrungsmittel hat sie hart getroffen und auf die Barrikaden gebracht, denn die Ausgaben für Nahrungsmittel machen in den armen Ländern Nordafrikas den größten Teil der Haushaltsausgaben aus. Wie sonst wäre die Tatsache zu erklären, dass die Tunesier nach erfolgreicher „Befreiung“ ihr Land in Massen verlassen wollen? Diese Frage hat sich für unseren Medien nie gestellt, obwohl sie über die „freiwillige“ Flucht der Menschen ausführlich berichtete. Eine vergleichbare Entwicklung steht nun auch in Europa an. Die Spekulanten treiben die Energie-, Heizungs- und Kraftstoffausgaben in nie dagewesener Geschwindigkeit in die Höhe. Auch die Europäer und die Deutschen haben kaum Ausweichmöglichkeiten, der damit verbundenen Einkommensminderung zu entgehen.

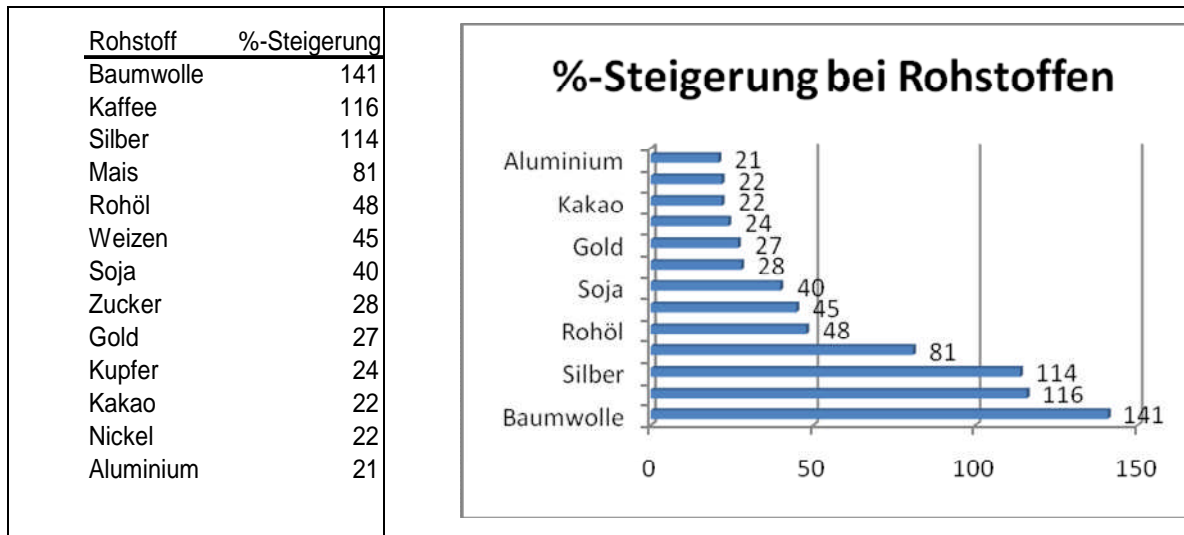
Noch stehen die Deutschen wirtschaftlich relativ gut da, sie haben noch gar nicht verinnerlicht, welche schweren Schäden ihre Wirtschaft in den letzten beiden Jahrzehnten erlitten hat. Uns wird ja von allen – auch von den eigenen Politikern – ständig eingeredet, dass wir die eigentlichen Profiteure von EU und Euro seien. An den Beispielen der **globalen Finanzspekulation** und der **Entwicklung des Euro-Außenwertes** werden wir beweisen, wie verlogen diese Behauptung ist. Natürlich sind diese beiden Gestaltungskräfte nicht die einzigen Ursachen für den ökonomischen Abstieg Deutschlands. Weitere Ursachen haben wir bereits unter dem Titel „Die Wirtschaftskrise, das Menetekel für EU und Euro-Union“ eingehend behandelt.² Wenden wir uns zuerst der Bedeutung der heutigen Spekulation und ihren Auswirkungen zu.

² Siehe im einzelnen hierzu: Hermann Patzak, in www.hpatzak.de/Grundprobleme; „Die Wirtschaftskrise, das Menetekel für EU und Euro-Union.“ vom 26.11.2010. Als weitere Ursachen wurden genannt: die ungerechtfertigten

Die Spekulanten treiben ihre Geschäfte dreister denn je

Als hätte es die Finanz- und Wirtschaftskrise gar nicht gegeben, gehen heute die „großen Geschäftemacher“ und ihr williges – weil bestbesoldetes – Dienstpersonal schon wieder ihrem einträglichen Metier nach. Schließlich gilt es, die Verluste wett zu machen, die sie sich – gerade mit diesem Geschäft – selbst zugefügt haben. Die Mittel dazu haben sie wieder reichlich. Sie werden ihnen von den Regierungen und Notenbanken aller Staaten bereitwillig zur Verfügung gestellt, die ihnen das Geld geradezu nachwerfen, um den Systemcrash zu verhindern.

Die Folge der bisherigen Rettungsversuche – dazu gehören auch die Rettungsbemühungen um den Euro – zeichnet sich jetzt ab: Es ist eine allgemeine Inflation. Sie wirft ihre Schatten voraus. Ihr werden die sozialen Verwerfungen folgen. Die Preise auf den Rohstoffmärkten signalisieren das kommende Unheil. Machen wir uns ein Bild von der Entwicklung. Die nachstehende Tabelle zeigt, wie sich die wichtigsten Rohstoffpreise³ im vergangenen Jahr (vom 01.03.2010 bis 01.03.2011) entwickelt haben. Die daneben stehende Graphik veranschaulicht noch einmal die Zahlen:



Vergleicht man diese Zahlen mit der Zunahme des Welt-Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2010⁴, die gerade einmal 4,8 Prozent beträgt, so stellt man fest, dass die Preissteigerungen bei den Rohstoffen ein Vielfaches der Zunahme des Welt-BIP ausmachen. Bei Mais war die Preissteigerung 16,9 mal so groß ($81:4,8 = 16,9$), bei Rohöl zehnmal, bei Weizen 9,4 und bei Nickel immer noch 4,4 mal so groß!

Jeder normal denkende Mensch wird sich bei diesen Divergenzen unwillkürlich fragen, wie eine derart geringe Einkommens- und Nachfragesteigerung zu so hohen Preissteigerungen führen kann? Eine naheliegende und immer wieder ins Gespräch gebrachte Vermutung ist natürlich, dass die hohen Preisausschläge durch Spekulanten verursacht werden. Informieren wir uns bei den Experten, den vielzitierten Ökonomen. Nicht wenige werden erstaunt sein, wenn sie erfahren, dass unter Ökonomen die weit verbreitete Meinung herrscht: „*Finanzinvestoren könnten an Terminmärkten machen, was sie wollen, ei-*

tigt hohen deutschen Nettozahlungen in die EU-Kassen, die Kapital- und Arbeitsplatzexporte, sowie die Aufkauforgien deutschen Produktivvermögens durch ausländisches Finanz- und Großkapital.

³ Zahlen aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.03.2011 Seite 14.

⁴ Ebenda.

nen Einfluss auf die reale Wirtschaft könnten sie mit ihren Geschäften nur dann nehmen, wenn sie durch ihre Termingeschäfte den jeweils aktuellen Preis für einen Rohstoff („Kassapreis“) beeinflussen“⁵. Diese angeblich in der Wissenschaft weit verbreitete Ansicht ist es Wert, genauer unter die Lupe genommen zu werden.

Die Spekulanten und ihr Geschäftsmodell

Zu diesem Zweck stellen wir die Fragen: Wer spekuliert denn eigentlich, wie funktioniert das Spekulationsgeschäft, wie rechtfertigen die Spekulanten ihr Geschäft und welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen Spekulationsgeschäfte haben?

Beginnen wir mit der Frage, wer spekuliert?

Es sind Banken, Versicherungen und Private Großanleger vom Schlage eines Warren Buffet oder George Soros⁶. Sie gründen spezielle Spekulationsfonds (Hedgefonds) und kreieren ständig neue Spekulationspapiere (Rohstoff-Termingeschäfte mit Derivaten und Rohstoffzertifikaten) mit denen sie auf steigende oder sinkende Preise wetten. Ursprünglich waren solche Papiere einmal zur Absicherung internationaler Handelsgeschäfte gegen Devisenwertschwankungen geschaffen worden. Obwohl sich das Geschäftsmodell mit der Ausbreitung der Globalisierung verselbständigt hat, dient der Absicherungszweck immer noch als Feigenblatt zur Rechtfertigung der Spekulation an sich. Heute können sogar Privatanleger in das Geschäft einsteigen, indem sie in börsenorientierte Rohstoffpapiere investieren, die ihnen von den Banken angeboten werden. Heute kann sich also jedermann an der Rohstoffspekulation genau so gut wie an der Aktien- oder Devisenspekulation beteiligen.

Kommen wir nun zur grundlegenden Funktionsweise des Spekulationsgeschäftes:

Bei allen Spekulationsgeschäften kann man auf steigende oder sinkende Preise, Kurse oder Indexwerte (ein Korb mit verschiedenen Rohstoffen oder Wertpapieren) setzen. Wer steigende Preise erwartet und heute kauft (obwohl den Rohstoff z.B. gar nicht für eigene Zwecke braucht), der erhöht die Nachfrage und damit den Preis des nachgefragten Produktes. Wer das Produkt (den Rohstoff) heute wirklich braucht, der ist dann der Dumme, denn er muss den höheren Preis bezahlen. Wenn der Spekulant später das Produkt oder das mit dem Produkt verbundene Wertpapier verkauft und der Preis sich wegen der spekulativen Nachfrage erhöht hat, dann kann er den Preis- oder Kursgewinn ohne jegliche Mühe einschieben. Umgekehrt funktioniert das Geschäft ähnlich. Wer eine bestimmte Menge eines Produktes oder Wertpapiers kaufen möchte, dessen momentaner Preis ihm zu hoch ist, der verkauft es, obwohl er es gar nicht besitzt. Man nennt das Leergeschäft. Aus dem (hohen) Verkaufserlös kann er das im Preis (Kurs) gesunkene Objekt nachher leicht bezahlen und schiebt zusätzlich noch den Spekulationsgewinn ein.

Sind die Spekulanten gar nicht verantwortlich?

Wenden wir uns nun der nächsten Frage zu, wie die Spekulanten ihr Geschäft, das im Zuge der Globalisierung weltweit erlaubt ist, rechtfertigen?

Sie rechtfertigen es gar nicht und behaupten einfach, dass sie die realen Güterpreise gar nicht beeinflussen. Dabei können sie sich auf die Aussagen der überwiegenden Mehrheit

⁵ Gerald Braunberger in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.01.2011 Seite 21.

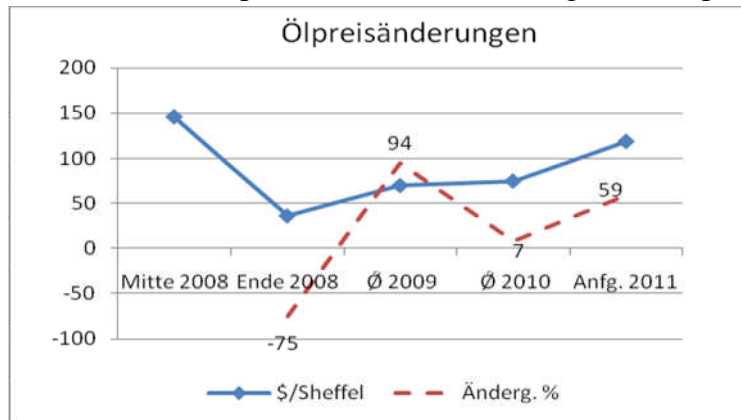
⁶ In Deutschland haben sich sogar manche Stadtkämmerer „auf das Glatteis“ der Spekulationsgeschäfte begeben, weil sie glaubten, auf diese Weise das klamme Stadtsäckel aufbessern zu können.

der Ökonomen berufen (vgl. oben). Diese Argumentation wird auch von den großen internationalen Organisationen: OECD⁷, Weltbank, IWF, von vielen Politikern und zuletzt sogar von der EU-Kommission gestützt⁸. Sie alle sagen, dass man vom Einfluss der Spekulanten auf die realen Güterpreise nur dann sprechen könne, wenn die Spekulanten die Rohstoffe auch physisch kauften und einlagerten. Da dies die vorherrschende Meinung der Wissenschaft zu sein scheint, wollen wir diese Aussage etwas genauer unter die Lupe nehmen:

Wenn früher vielleicht eine abstrakt theoretische Widerlegung schwierig gewesen sein mag, so ist das heute nicht mehr der Fall: Die Spekulanten kaufen heute nämlich im Rahmen von sog. ETC-Geschäften⁹ die Rohstoffe tatsächlich auch physisch und lagern sie ein. Ihre Nachfrage erhöht also unmittelbar auch den Preis. Die Begründung, dass sie mit ihren Wettgeschäften den Kassapreis nicht beeinflussen, ist somit obsolet geworden. Die Zunft der Ökonomen hat sich selbst und ihrem Ansehen mit ihrer ohnehin kaum nachvollziehbaren Begründung keinen Gefallen getan. Wie skurril und abwegig ihre Behauptung – die Spekulation habe keinen Einfluss auf die realen Preise – ist, zeigt auch ein Vergleich der Ölpreisänderungen mit der Entwicklung des realen Ölverbrauchs¹⁰ in den nachstehenden beiden Tabellen¹¹:

Ölpreisveränderungen			Welt-Ölverbrauch		
Ölpreis	\$/Sheffel	Änderg. %	Jahr	Mio.Barel/Tag	%-Änderung
Mitte 2008	146		2000	77,0	
Ende 2008	36	-75%	2008	82,1	6,6%
Ø 2009	70	94%	2009	79,9	-2,6%
Ø 2010	75	7%	2015	88,0	7,2%
Anfg. 2011	119	59%			

Während die prozentualen Veränderungen des Ölpreises immense Ausschläge zeigen,



bewegen sich die Verbrauchsänderungen im einstelligen Prozentbereich. In einer graphischen Darstellung können die Unterschiede zwischen Preisänderungen und Verbrauchsänderungen noch deutlicher dargestellt werden: Die gestrichelte Linie zeigt die prozentualen Veränderungen, die zwischen -75%, 94%, 7% und 59% schwanken.

⁷ So die Studie der OECD über mehrere Rohstoffmärkte sowie eine Studie der Business-School Edhec über den Ölmarkt, zitiert aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.01.2011 Seite 21.

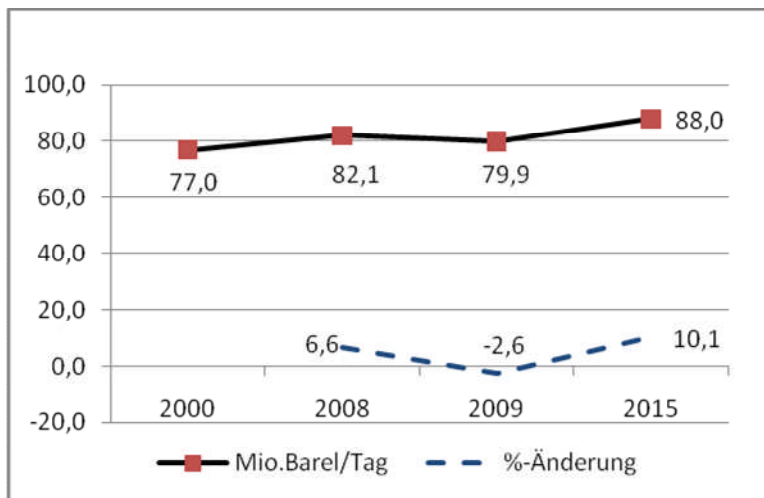
⁸ Nach monatelangen Recherchen war die EU-Kommission zum Ergebnis gekommen, dass es keinen Beleg dafür gibt, dass die Preisentwicklung auf den Roh- und Agrarstoffmärkten von der Spekulation beeinflusst wurde. Als der Französische Präsident Nicolas Sarkozy die Spekulanten in scharfer Form für die Preissteigerungen verantwortlich gemacht hatte, getraute sich die Kommission nicht mehr, ihre Erkenntnisse zu veröffentlichen. (Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2011 Seite 11.)

⁹ Exchange Traded Commodities, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.02.2011 Seite 17.

¹⁰ Quelle: "BP Statistical Review of World Energy", Stand: Juni 2010.

¹¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.03.2011 Seite 19

Vergleichen wir dazu die absoluten und prozentualen Veränderungen beim Verbrauch, so stellen wir fest:



Die absoluten Verbrauchswerte entwickeln sich gleichmäßig sogar bis zu dem für das Jahr 2015 prognostizierten Wert. Die prozentualen Veränderungen spiegeln diese gleichmäßige stetige Zunahme des Verbrauchs wider. Im Jahr 2008 ist der Verbrauch um 6 Prozent gestiegen, als die Preise um 75 Prozent gesunken waren. Als die Preise 2009 um 94 Prozent gestiegen sind, war der Verbrauch sogar um 2,6 Prozent

gesunken. Die unerhörten Preissteigerungen sind in keiner Weise durch den realen Nachfrageanstieg gerechtfertigt. Auf der Seite des Angebotes ist in dem hier zugrunde gelegten Zeitraum keinerlei Verknappung bekannt geworden.

Handel mit Rohstoffpapieren		
Jahr	in Mrd.\$	Verändg. %
2006	7	} 2229%
2007	27	
2008	51	
2009	107	
2010	163	

Ein weiteres Indiz dafür, dass die außergewöhnlich hohen Preisausschläge durch Spekulation verursacht wird, ist auch die geradezu explosionsartige Entwicklung des Handels mit spekulativen Rohstoffpapieren¹², wie die nebenstehende Tabelle zeigt: Aus ihr geht hervor, dass der Handel mit Rohstoff - Spekulationspapieren in diesem kurzen Zeitraum um 2.229 Prozent angestiegen ist.

Einen interessanten Hinweis, welche Bedeutung der Spekulation heute zukommt, lieferte auch Frankreichs Präsident Sarkozy, der in seinem bereits erwähnten Angriff gegen die Unbedenklichkeitserklärung zur Spekulation der EU-Kommission darauf hinwies, dass an der Rohstoffbörse in Chicago heute auf dem Derivate-Markt das 46-Fache der jährlichen Weizenproduktion und das 24-Fache der jährlichen Mais-Produktion gehandelt werde.¹³

Kommen wir zur Sache: Die Spekulation ist von alters her in USA und England beheimatet. Deutschland war in den vergangenen zweieinhalb Jahrhunderten das bevorzugte Objekt der Raubzüge des Finanz- und Spekulationskapitals. Ein großer Teil des deutschen Produktivvermögens ist in fremde Hände übergegangen. Doch die deutsche Politik und die deutschen Medien getrauen sich offensichtlich nicht „Ross und Reiter“, also die eigentlichen Profiteure dieses Geschäftes zu nennen. Nicht selten lobten sie den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft sogar als lobenswertes Engagement der Finanzinvestoren! Man kann wohl nicht davon ausgehen, dass diese Kreise so dumm sind, dass sie nicht wissen, wovon sie reden und schreiben. Als die deutsche Politik im Falle Opel den schüchternen Versuch unternahm, im Zuge der Insolvenz von General Motors den Opel-Werken wieder den Status rechtlicher Eigenständigkeit zu verschaffen, wurde der Deutschen Regie-

¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.02.2011 Seite 17.

¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2011 Seite 11.

rung von der US-Regierung und dem US-Kapital deutlich gemacht, wer in der Westlichen Wertegemeinschaft etwas zu sagen hat und wer nicht. Steigbügelhalter der Wiedereinsetzung des US-Kapitals in den vorherigen Besitzstand war übrigens der damalige Wirtschaftsminister Karl Theodor zu Guttenberg. Schon deshalb dürfte seine Wiederkehr in die Politik nach seinem schäbigen Abgang gesichert sein.

Um zu verstehen, wieso Spekulanten und Finanzinvestoren anglo-amerikanischer Provenienz heute schon wieder ihrem einträglichen Geschäft nachgehen können, sei hier an die entscheidenden Maßnahmen der US-Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Krise erinnert. Die US-Regierung hatte die großen US-Banken durch Eigenkapitalbeteiligung in dreistelliger Milliardenhöhe und den Kauf ihrer wertlos gewordenen Wertpapiere vor dem Zusammenbruch bewahrt. Die US-Notenbank hatte mit ihrer Geld- und Kreditschöpfung – ebenfalls in dreistelliger Milliardenhöhe – die Liquidität der Banken gesichert. Dadurch konnten sich die US-Banken sofort wieder auf das Spekulationsgeschäft stürzen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.08.2009 (Seite 17) berichtet damals, dass die Bank of America ihren Rohstoffhandel seit März um 32 Prozent gesteigert hat und deshalb die Zahl der Mitarbeiter in der Rohstoffabteilung um 25 Prozent erhöhte. Der Deal hatte sich für die Beteiligten in kürzester Zeit ausgezahlt. Die großen US-Banken, darunter die Bank of America, J.P. Morgan Chase, Citigroup, Wells Fargo, Goldman Sachs und Morgan Stanley, hatten Ende Dezember 2010 alle von der Regierung zugesprochenen Kapitaleinlagen wieder zurückgezahlt¹⁴.

Fassen wir die Erkenntnisse zusammen: Der angeblich nicht beweisbare Zusammenhang zwischen den Rohstoffpreisen der Termingeschäfte und aktuellen Rohstoffpreisen kann heute nicht mehr geleugnet werden. Die Höhe der Preisausschläge bei den Rohstoffen kann weder durch eine plötzliche Angebotsminderung noch durch eine der Preissteigerung vergleichbar hohe Nachfragesteigerung erklärt werden. Die Apologeten aus der Heerschar der dem Kapital dienstbaren Ökonomen, deren Beweisführung durch die reale Entwicklung ad absurdum geführt wurde, wäre jetzt eigentlich aufgefordert nachzuweisen, dass die Preissteigerung bei den Rohstoffen nicht auf die Spekulationsgeschäfte zurückzuführen ist, nach dem sie weder durch eine entsprechende Angebotsminderung noch eine entsprechende Nachfragesteigerung erklärt werden kann. Für die Praktiker des Ölmarktgeschäftes war die sonderbare Argumentation der Wissenschaft ohnehin nie nachvollziehbar.

Jetzt können wir auch auf die letzte der eingangs gestellten Fragen zur Spekulation zu sprechen kommen: Welche volkswirtschaftlichen Folgen haben die durch die globale Spekulation ausgelösten Rohstoffpreissteigerungen.

Die volkswirtschaftlichen Schäden durch die Spekulation

Beginnen wir mit der Aussage eines ausgewiesenen Experten auf dem Ölmarkt, Steffen Bukuld vom Beraterunternehmen Energycomment in Hamburg. Er hat keinerlei Zweifel, dass die Finanzinvestoren den Ölpreis zu Beginn des Jahres 2011 in die Höhe getrieben haben und sagte wörtlich: „*Dabei ist das Öl derzeit nicht wirklich knapp.*“¹⁵

Diese Aussage müsste eigentlich alle Lehrstuhlökonomien der Welt und auch die Deutschen alarmieren. Lehren sie doch in ihren Vorlesungen und Lehrbüchern, dass die Marktwirtschaft ihre Überlegenheit gegenüber allen anderen Wirtschaftssystemen dem

¹⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.12.2010 Seite 12. [Quelle](#)

¹⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.01.2011 Seite 23.

Marktmechanismus verdankt. Seine Elementarfunktionen sind die **Signalfunktion**, die die Knappheit der Güter anzeigt, die **Ausgleichsfunktion**, die dafür sorgt, dass alle Anbieter und Nachfrager bei gegebenem Preis zum Zuge kommen und die **Lenkungs-funktion**, die die Produktionsfaktoren dorthin lenkt, wo der größte Gewinn entsteht und auch der Faktor Arbeit am meisten verdienen kann. Nun aber stellen die Praktiker des Marktgeschehens fest, dass dieser **Marktmechanismus im Globalkapitalismus offensichtlich versagt**. Die **Spekulation setzt ihn außer Kraft**. Er setzt die falschen Signale, denn der Ölpreis zeigt zu Beginn des Jahres 2011 eine Knappheit an, die in Wirklichkeit gar nicht existiert. Das hat für jede Volkswirtschaft böse Folgen, denn die Unternehmen und Haushalte greifen jetzt anstelle des teuren Öls auf Ersatzstoffe (Substitutionsgüter) zurück, die in Wirklichkeit knapper und teurer als das durch Spekulation verteuerte Öl sind.

Diese Fehllenkung der Ressourcen durch die überhöhten Spekulationspreise könnte man annähernd berechnen. Doch begnügen wir uns hier mit der einfachen Ermittlung der Mehrkosten, die jeder Kaufmann vornehmen kann. Felix Neugart, ein Experte des Deutschen Industrie- und Handelskammertages ermittelte, dass eine Preissteigerung des Öls um 1 Prozent die deutsche Wirtschaft etwa eine halbe Milliarde Euro kostet¹⁶. Wenden wir diese Richtgröße auf die Ölpreissteigerungen seit 2009 bis Anfang 2011 an (vgl. Tabelle oben), bei der der Preis von 70 auf 119 also um 70% gestiegen ist, so kommen wir zu der Erkenntnis, dass die deutsche Wirtschaft allein wegen der Ölpreissteigerung einen Verlust in Höhe von 35 Mrd. Euro erleidet. Wenn wir jetzt noch die Preissteigerungen bei allen anderen Rohstoffen berücksichtigen, die teilweise noch wesentlich höher als die Ölpreissteigerungen sind, dürften sich die Gesamteinbußen leicht auf 70 Mrd. Euro verdoppeln. Dabei haben wir noch gar nicht berücksichtigt, dass nicht nur die Wirtschaft Verluste hinnehmen muss, denn auch die privaten Haushalte erleiden Einkommensminderungen, die man wohl in der gleichen Größenordnung annehmen muss. Über den Daumen gepeilt kommen wir also zum Ergebnis, dass die Unternehmen und Haushalte in Deutschland wohl einen jährlichen Verlust von 140 Mrd. Euro erleiden. Doch kommen wir noch einmal auf die Gewinner der Finanz- und Spekulationsgeschäfte zurück:

Wo Verlierer sind, muss es auch Gewinner geben. Man braucht nicht lange zu überlegen, um sie ausfindig zu machen. Es sind:

- (1) die Erdölindustrie und die Ölhändler,
- (2) die Länder mit Erdölvorkommen und
- (3) die Finanzindustrie mit den extra für Spekulationszwecke kreierten Wertpapieren.

Auch dafür gibt es in den Medien reichlich Belege: So zitiert z.B. die Frankfurter Allgemeine den Ölhändler Fadel Gheit, der die Ölbranche seit drei Jahrzehnten für die Investmentbank Oppenheimer & Co. in New York beobachtet, mit den Worten: „Für Ölhändler ist nun Weihnachten“, jetzt ist die Zeit, viel Geld zu verdienen. Wenn die Nachrichten für Verbraucher und die Gesamtökonomie schlecht sind, ist das Musik in den Ohren der Ölhändler“¹⁷.

Die Opec-Länder haben 2010 mit ihren Ölexporten einen Gewinn in Höhe von 750 Milliarden Dollar erzielt. 2009 waren es noch 571 Milliarden Dollar, was einer Steigerung von 31,3 Prozent entspricht¹⁸. Allerdings wäre hier noch die Frage zu klären, wie viel des

¹⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.02.2011 Seite 11.

¹⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.02.2011 Seite 13.

¹⁸ Ebenda.

Erdölpreises und der Preissteigerung wirklich den Erdölförderländern verbleibt und wie viel die Erdölindustrie davon einkassiert.

Deshalb fragen wir auch noch nach den Herkunftsländern der großen Erdölunternehmen.

Umsatz 2009	Mrd. Dollar	Weltrang
Shell NL/GB	278	2
Exxon USA	276	3
BP GB	239	4
Sinopec China	193	6
Chevron USA	159	8
Total Frankr.	156	9
Conoc USA	149	12
Petro China	149	13

Die nebenstehende Tabelle zeigt, dass die Gewinne in die USA, England/Niederlande, Frankreich und seit neuestem auch nach China fließen¹⁹. Die letzte Spalte zeigt die Weltranglistenposition der Unternehmen, gemessen am Umsatz. Alle acht Erdölunternehmen befinden sich in der Rangliste ganz oben. Es ist eigentlich müßig, extra festzustellen, dass kein deutsches Unternehmen dabei ist.

Werfen wir noch einen Blick auf die zweite große Gruppe der Profiteure des großen Spekulationsgeschäftes, die Banken. Die nebenstehende Tabelle zeigt, dass das anglo-amerikanische Finanzkapital ganz unangefochten ihre Rangliste anführt. Selbst eine spanische und eine italienische Bank rangiert noch vor der größten Bank aus Deutschland, der Deutschen Bank. Allerdings ist bei ihr zu berücksichtigen, dass sie nur noch dem Namen nach deutsch ist und ihren Hauptsitz noch in Deutschland hat. Seit über einem Jahrzehnt ist sie nämlich mehrheitlich in Händen ausländischer Kapitaleigner. Wenn es nach Gerhard Schröder, dem vormaligen SPD-Bundeskanzler gegangen wäre, dann wäre sie schon im Jahr 2004 komplett in amerikanische Hände überführt worden, denn er hatte sie damals der US-Bank Citigroup zum Kauf angeboten, die von dem Angebot allerdings keinen Gebrauch

machte²⁰.

Die größten Banken der Welt			
Umsatz 2009	Land	Mrd. Dollar	Rang
Bank of America	USA	153	1
JP Morgan Chase	USA	116	2
Citigroup	USA	111	3
HSBC Holdings	Grossbrit.	101	4
Wells Fargo	USA	99	5
BNP Paris Bas	Frankreich	98	6
Banco Santander	Spanien	97	7
Tesco	Grossbrit.	90	8
Royal Bk. of Sco	Grossbrit.	85	9
Lloyds Banking	Grossbrit.	69	10
Ind.&Com Bank	China	69	11
Unicredito	Italien	66	12
Deutsche Bank	Deutschl.	63	13
Barclays	Grossbrit.	63	14
Credit Agricole	Frankreich	61	15
Société Generale	Frankreich	61	16

Damit sind wir bei der politischen Dimension der großen Finanz- und der Spekulationsgeschäfte angekommen: Während die deutschen Politiker – quer durch alle Parteien – immer wieder betonen, dass sich die Politik aus der Wirtschaft heraushalten müsse, wenn es um die Kontrolle und Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten geht, hat sich die Politik in den andern Ländern nie an dieses Dogma gehalten. Für die deutsche Wirtschaft hatte das desaströse Folgen, wie wir bereits ausgeführt haben, denn seit der weltweiten Ausdehnung des Globalkapitalismus nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, hat das internationale Finanzkapital deutsches Produktivvermögen in unvorstellbarem Ausmaß aufgekauft. Die deutsche Politik hat ihre Hand nicht schützend über die deutsche Wirtschaft gelegt – getreu dem Dogma der Nichteinmischung. Mit der Einführung des Euro wurde den FinanzspekulantInnen dieses Geschäft noch einmal erleichtert. In den deutschen Medien wird diese Entwicklung totgeschwiegen und es gibt keine politische Partei oder Bewegung hierzulande, die sich des

¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.07.2010, Seite U8.

²⁰ Frankfurter Allgemeine vom 15.03.2004, Seite 1.

Themas annimmt und die Fakten an den Tag bringt. Wir werden ein wenig Licht in dieses mit Absicht verdunkelte Szenenbild bringen.

Die Krise enttarnt das Zusammenspiel von Politik und Finanzkapital

Schauen wir genauer hin, so erkennen wir, dass sich auch die deutschen Politiker im Verlauf der Krise nicht an die selbstverordnete „Nichteinmischung“ gehalten haben. Ganz deutlich wird das in der Euro-Krise, wo die treibenden politischen Kräfte in Europa die selbstverschuldete Insolvenz der sogenannten Euro-Partnerländer nicht unter sich ausmachen lassen. Das wäre der in der Wirtschaft übliche Ablauf bei Insolvenzen, denn Gläubiger und Schuldner müssen sich über Verteilung der Lasten einigen. Doch gerade das will auch die deutsche Politik in diesem Fall nicht. Sie mischt sich jetzt dort ein, wo sie immer Enthaltensamkeit gepredigt hat. Alle Europa-Politiker wollen die hochverschuldeten Euro-Staaten vor der Insolvenz bewahren, um den Euro zu retten. Und sie wollen die Gläubiger-Banken vor Verlusten bewahren, weil dies den großen Crash des Finanzmarktes und der eigenen politischen Existenz bedeuten könnte! Deshalb müssen die Bürger aller noch zahlungsfähigen Euro-Länder die Schulden fremder Regierungen und die Verluste des Finanzkapitals übernehmen. Das Kreditgeschäft waren die Banken auf eigenes Risiko eingegangen. Die „No bail out Klausel“ der Euroverträge, die eine Schuldübernahme ausdrücklich verbietet, war auch den Banken sehr wohl bekannt. Doch wenn es gilt, die eigene Haut zu retten, werden alle Grundsätze und sogar Gesetze „über Bord“ geworfen. Banken und Politiker wollen ungeschoren aus der Affäre kommen. Das geht aber nur, wenn man jemand findet, der alles bezahlt. Den hat man gefunden. Es sind die Steuerzahler, vor allem die Deutschen, die den Großteil der Bürgschaften und Lasten übernehmen müssen. Man muss ihnen nur einreden, dass sie solidarisch zu sein haben. Und ihre Kanzlerin sagt es ihnen immer wieder: „Niemand wird fallen gelassen“.

Diese Verlogenheit bei dem angeblichen Gebot der Nichteinmischung in die Wirtschaft, aus der auf einmal ein Gebot der Einmischung geworden ist, zeigt sich auch bei den großen internationalen Spekulationsgeschäften. Sie blühen jetzt – noch während die Krise andauert – wieder auf, als hätte es diese Krise nie gegeben. Dabei ist bis ins kleinste Detail dokumentiert, dass die Krise infolge der unmäßigen Spekulation mit ihren immer weiter entwickelten Spekulationspapieren ausgebrochen ist. Diese Entwicklung geschah auf den anglo-amerikanischen Finanzmärkten. Diese Papiere mussten von den US-Behörden genehmigt werden. Und die neuen Geschäftsmodelle und Praktiken lockten das Kapital aus allen Ländern der Erde. Die Spekulationswut machte auch vor Gemeinden und Kirchen in Deutschland nicht halt. Sie erfasste die Menschen wie vor 150 Jahren die Goldgräberstimmung, mit dem Unterschied, dass man nicht körperlich anreisen und nach Gold schürfen musste, man brauchte nur sein Geld überweisen. Und als der „Goldrausch“ zu Ende war, hatten viele auch ihr Geld verloren.

Und jetzt ist es schon wieder so weit: Unter wohlwollender Duldung ihrer „Heimatregierungen“ und mit den Krediten und Banknoten der Zentralbanken (zum Zwecke der allgemeinen Bankenrettung) treiben die internationalen Finanzspekulanten ihre Geschäfte schier noch dreister als vor der Krise. Es liegt auf der Hand, warum das so ist: Mit dieser Art von Finanzgeschäften kann man weit höhere Gewinne und Einkommen erzielen als bei der realen Güterproduktion. Das hat man insbesondere in USA und England schon lange vor der Krise erkannt und sich zunutze gemacht! Diese beiden Volkswirtschaften erzielten in der Vergangenheit einen vergleichsweise hohen Teil ihres Volkseinkommens mit Finanztransaktionen auf den Finanzmärkten! Das hat die Länder auch dann noch rei-

cher gemacht, als es mit ihnen schon lange realwirtschaftlich bergab ging. Doch deswegen hat die Krise die beiden Länder auch besonders hart getroffen.

Jetzt haben beide Länder allerdings ein Problem: Sie können ihre auf die Finanzindustrie ausgerichtete Wirtschaftsstruktur nicht ohne weiteres – von heute auf morgen – wieder auf Güterproduktion umstellen. Aus einem Banker kann man in kurzer Zeit keinen Kraftfahrzeugtechniker oder Ingenieur machen, genau so wenig, wie man aus Bürogebäuden ohne weiteres Fabrikationshallen mit leistungsfähigen Maschinen erstellen kann. Dazu bedarf es größerer Investitionen und langwieriger Umstrukturierungen. Damit die Wirtschaft wieder anspringt – und das ist aus sozialen und politischen Gründen dringend erforderlich – haben diese auf Finanzgeschäfte ausgerichteten Volkswirtschaften kurzfristig nur die Möglichkeit, im alten Trott und mit den alten Strukturen weiter zu machen und zu hoffen, dass alles gut gehen wird. Sie müssen das „Geschäftsmodell“, mit dem sie lange Jahre so gut verdient hatten, vorerst beibehalten. All die umtriebigen Bemühungen, über die großen internationalen Wirtschaftsorganisationen Regulierungen und Gesetze zu schaffen, die die Spekulationsgeschäfte einschränken oder gar verbieten, sind in Wirklichkeit Scheingefechte. Damit soll den Menschen ein redliches Bemühen vorgegaukelt werden, von dem Politiker und die sie beratenden Ökonomen ganz genau wissen, dass es am Veto der angloamerikanischen Politik und Wirtschaftsmacht scheitern wird.

Somit kann das Finanzroulette aus Spekulation und weltweitem Aufkauf fremden Produktivvermögens durch die sog. Finanzinvestoren neu angeworfen werden. Das Geld dazu haben sie von den Regierungen und Notenbanken. Und in Europa werden die überschuldeten und zahlungsunfähigen Euro-Staaten von den Steuerzahlern der noch zahlungsfähigen Partnerländern herausgehauen (bail out). Doch die wird es nun auch erwischen: In der nächsten Runde wird, beginnend mit der Inflationierung der Rohstoffpreise eine allgemeine Inflation losgetreten, die auch die Deutschen empfindlich treffen wird, zumal sie auch noch die Kredite der insolventen Euro-Partner bezahlen dürfen. Dann wird vielleicht auch dem gutwilligsten, duldsamsten und an Politik eigentlich nicht interessierten Deutschen ein Licht aufgehen, dass das von ihm gewählte Politpersonal wohl doch nicht so geeignet ist für die Ämter, die es bekleidet.

Doch was kann er eigentlich tun? Ganz gleich welche der vorhandenen Parteien er anschaut, Lösungen zu den Problemen, die hier angesprochen wurden, hat keine in ihrem Programm. Die Probleme werden von ihnen nicht einmal angesprochen!

© www.hpatzak.de

31.03.2011

Diese Abhandlung wird demnächst mit Teil 2 fortgesetzt. Er zeigt auf, wie der Euro die Ressourcen der deutschen Wirtschaft abschöpft und die Deutschen ärmer gemacht hat, und enttarnt damit die Behauptung, die nun auch von der Bundeskanzlerin verbreitet wird, dass die Deutschen die größten Profiteure des Euro seien, als plumpe und unverschämte Lüge,.